Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 95. Freitag, 24. April 1931, abends. 84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Politik der Woche.

Friede den Kirchen. Eine neue Aera der Gerechtigkeit. — Gescheiterte Handelsvertragsverhandlungen. — Jugoslawien am Scheidewege. — Das neue rumänische Kabinett Jorga.

Am Mittwoch, den 22. April ds. Js. nahm die Generalsynode der evangelischen Kirche der altpreußischen Union mit 166 gegen 47 Stimmen den Vertrag der evangelischen Landeskirchen mit dem Freistaat Preußen an. Nicht mit Unrecht wird dieser Tag als ein Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Protestantismus betrachtet, denn mit der Annahme des Vertrags ist die evangelische Landeskirche Preußens eine ebenso vertragsmäßig gesicherte autonome Kirche wie es die katholische Kirche seit dem 9. Juli 1929, dem Tage des Konkordatsabschlusses, ist. Durch Staatsvertrag ist nunmehr das kirchliche Eigentum, die Nutzung der kirchlichen Gebäude und Grundstücke, der Fortbestand der theologischen Fakultäten an den deutschen Hochschulen und die freie Besetzung von über 2000 Kirchenstellen gewährleistet, die bisher fiskalische Patronatsstellen waren. Auch die finanzielle Sicherung und Ausstattung der protestantischen Kirchen ist gegenüber dem bisherigen Zustande verbessert worden. Schließlich ist die politische Klausel so formuliert worden, daß mehr als Dreiviertel der Mitglieder der Generalsynode dem Kirchenvertrag ihre Zustimmung erteilten. Vom staatspolitischen Standpunkte aus ist nur zu wünschen, daß der Friede, der in den Staatsverträgen zwischen dem Staate und den kirchlichen Organisationen geschlossen wurde, von Bestand und Dauer ist.

Das Verhältnis der beiden großen christlichen Konfessionen in Preußen und im Reich gibt sowohl für die Zeit des Weltkrieges wie für die ganze Nachkriegszeit zu wesentlichen Beanstandungen keine Veranlassung. Es wäre wünschenswert, daß die Aera des Friedens und der Gerechtigkeit, die auf diesem so wichtigen kulturpolitischen Gebiete herrscht, auch in unsere außenpolitischen Beziehungen übergreifen möchte. Dies hängt leider nicht von uns ausschließlich, ja nicht einmal entscheidend ab. Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen hatte nicht so unrecht, als er dieser Tage den Genfer Völkerbund als eine Organisation der Siegerstaaten charakterisierte, die bisher ihre Hauptaufgabe darin erblickte, die Vorherrschaft dieser Staaten zu sichern. Wenn nicht alles täuscht, stehen wir am Vorabend einer neuen politischen Gestaltung Europas. Der ungarische Graf hofft, daß eine Aera der Gerechtigkeit heraufzieht, die auch den Ungarn den Platz an der Sonne gewährt, der ihnen zukommt. Von der gleichen Hoffnung sind auch wir beseelt.

Schaut man tiefer in die Weltpresse hinein, so knüpft sich die Hoffnung der europäischen Menschheit vornehmlich an den deutsch-österreichischen Vorvertrag, der den Abschluß einer Zollunion zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich ankündigt. Schon rein völkerpsychologisch ist diese Einstellung durchaus verständlich, denn die jahrelangen zollpolitischen Konferenzen des Genfer Völkerbundes und die internationalen Agrarkonferenzen in Rom führten uns auch keinen Schritt weiter aus der wirtschaftlichen Krise heraus, in der sich nun einmal Europa befindet. Niemand wundert sich daher, daß auch die Handelsvertragsverhandlungen einer Reihe von Ländern in den letzten Wochen zusammenbrachen oder doch abgebrochen wurden. Man fühlt es in allen Hauptstädten unseres Festlandes, daß etwas Neues im Werden ist.

Dies zeigt sich besonders auffallend in Belgrad, in Jugoslawien, wo sich die Verhältnisse seit Ende des Weltkrieges, namentlich aber in den letzten drei Jahren ganz wesentlich geändert haben. Der alte österreichisch-serbische Gegensatz ist heute völlig verschwunden. Das Volk Jugoslawiens würde in seiner erdrückenden Mehrzahl heute bei einer unabhängigen Volksabstimmung für den Anschluß Oesterreichs an Deutschland stimmen, schon damit die Deutschen am Brennerpaß den Italienern gegenüberstehen. Die Tatsache, daß deutsche und slawische Minderheiten heute unter der Herrschaft des Faschismus leiden, kann über heute oder morgen zu ähnlichen gemeinsamen Kundgebungen führen, wie wir sie jüngst am Josephstage in Wien erlebten. Wir Deutsche haben namentlich in den letzten Jahren in Belgrad sehr an Sympathien gewonnen. Wer hätte es auch noch vor kurzer Zeit für möglich gehalten, daß im Mittelpunkt der deutschen Kunstausstellung, die am 1. April ds. Js. in der südslawischen Hauptstadt eröffnet wurde und die unter dem Protektorat des Prinzen Paul Karageorgewitsch steht, sich ein bronzener Kopf des Reichspräsidenten von Hindenburg befindet, der von frischen Blumen reichlich umgeben ist. Selbst die Engländer gestehen in ihrer Nüchternheit, daß sich niemand einen derartigen Wandel der Dinge in einem so kurzen Zeitraum von zehn Jahren hätte träumen lassen. In Belgrad weiß man sehr wohl, vielleicht besser noch als in Bukarest, daß das deutsch-österreichische Wirtschaftsgebiet mit Leichtigkeit den Ueberschuß an Fleisch und Brotgetreide, den die südslawische Volkswirtschaft jährlich erzeugt, aufzunehmen vermag. Die Statistiker des Landes haben errechnet, daß Oesterreich und Deutschland nur ein Fünftel ihres gesamten Getreidebedarfs decken würden, wenn sie den gesamten Getreideüberschuß von Südslawien und Rumänien übernähmen. Diese banalen aber realen Tatsachen drängen, wie es scheint, nach einer zweckentsprechenden politischen Gestaltung.

Auch in Rumänien setzt sich in steigendem Maße der homo oeconomicus durch. Die bisher herrschende nationale Bauernpartei, die zuletzt den Ministerpräsidenten Mironescu gestellt hatte, vermochte zwar die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme des Landes nicht zu meistern. Auch der schlaue Titulescu, den der König eigens aus der rumänischen Gesandtschaft in London nach Bukarest gerufen hatte, weil er ihm zutraute, daß er ein Kabinett der nationalen Union auf die Beine bringen würde, kam nicht zum Ziele. Aber Professor Jorga, einer der Erzieher des jetzigen Königs Carol, bewährte sich erneut. Vermutlich wird während seiner Präsidentschaft die Kammer aufgelöst und das Volk erneut befragt werden. Wir begrüßen es als eine erfreuliche Erscheinung des innerpolitischen Lebens Rumäniens, daß Ministerpräsident Jorga den deutschen Abgeordneten, Professor Rudolf Brandsch, als Vertreter der Minderheiten in sein Kabinett aufnahm. Das neugeschaffene Minderheitsministerium ist ein erster und großer Schritt zur objektiven Betrachtung und Lösung der auch für Rumänien so wichtigen Minderheitenfrage.

Ueber 1200 Millionen Reichsdefizit 1930.

vdz. Berlin. Die **Einnahmen des Reiches im Monat März sind noch erheblich unter den Einnahmen des Monates Februar zurückgeblieben.** Insgesamt wurden nur 467,5 Millionen erzielt, während im Februar 682,1 Millionen aufgekommen waren. Da der März zugleich der letzte Monat des Rechnungsjahres 1930 ist, läßt sich nunmehr auch schon das Gesamtergebnis dieses Jahres feststellen.

In den 12 Monaten des Rechnungsjahres 1930 sind im ganzen 9 024,9 Millionen RM. aufgekommen. Hiervon entfallen auf die Besitz- und Verkehrssteuern 5 960,6 und auf die **Zölle und Verbrauchssteuern 3 064,3 Millionen RM.** Da die Einnahme nach dem Haushaltplan 10265,6 Millionen betragen sollte, ergibt sich hiernach eine **Mindereinnahme von 1240,7 Millionen RM. Fast sämtliche Steuern sind an diesem starken Einnahmerückgang beteiligt.** An der Spitze stehen die **Einkommensteuer** mit 365,4, die **Zölle** mit 183 und die **Umsatzsteuer** mit 168,8 Millionen RM. Mindereinnahme. Das **Spiritusmonopol** hat 83,4, die **Biersteuer** 76,8, die **Tabaksteuer** 56,9, die **Körperschaftssteuer** 50,1 Millionen weniger erbracht. Nur **zwei Steuern hatten Mehreinnahmen** zu verzeichnen, die **Lotteriesteuer** 5,9 und die **Obligationssteuer 2,4 Millionen RM.**

An der **Mindereinnahme** von 1240,7 Millionen RM. sind die **Knappschafts- und Invalidenversicherung mit 125 Millionen, die Länder mit 336,8 Millionen beteiligt.**

Das **Minderaufkommen für das Reich beträgt 778,9 Millionen RM.**

Bei der Aufstellung des Finanzprogramms der Reichsregierung im November wurde mit einem Gesamtfehlbetrag für das Reich gegenüber dem Haushalt in Höhe von 900 Millionen gerechnet. Hiervon sollten 600 Millionen auf Mindereinnahmen zu Lasten des Reiches aus Steuern und Zöllen und 300 Millionen auf Erhöhung der Ausgaben für die Arbeitslosenfürsorge entfallen. Da nunmehr die Mindereinnahmen zu Lasten des Reiches 778,9 Millionen betragen, hat sich also die damals bereits erwartete **Mindereinnahme an Steuern und Zöllen zu Lasten des Reiches um rund 179 Millionen erhöht.** Hierauf ist schon im Haushaltsausschuß des Reichstages am 14. Januar und am 13. März hingewiesen worden, indem der Ausfall über die genannten 600 Millionen hinaus schon im Dezember und Januar auf etwa 100 und zuletzt auf 160 Millionen beziffert worden war.

Das erhöhte Defizit des Jahres 1930 muß selbstverständlich gedeckt werden. Auf welche Weise die Deckung erfolgt, steht noch nicht fest. Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung schon sehr bald auf Grund der ihr vom Reichstag erteilten Sparermächtigung die notwendigen Sparmaßnahmen ergreifen wird. **Ohne schwerwiegende Eingriffe in die einzelnen Ressorts wird es dabei nicht gehen.** Vom Finanzministerium wird gegenwärtig bereits mit den Ressorts über die Möglichkeit weiterer Einsparungen verhandelt. Die **Gerüchte, daß im Finanzministerium zur Deckung des Defizits eine Zwangsanleihe bei den Beamten geplant sei, werden dementiert.** Tatsächlich würden durch eine solche Anleihe, abgesehen von den Schwierigkeiten ihrer Durchführung, auch wirkliche Ersparnisse gar nicht erzielt.

Reichskabinett als Reichstagsersatz.

vdz. Berlin. **Reichskanzler Dr. Brüning** ist bekanntlich am Donnerstag vormittag von seiner Osterreise nach Berlin zurückgekommen. Bereits gegen 11 Uhr empfing er **den Besuch des amerikanischen Botschafters,** der demnächst nach Amerika fährt und dem der Kanzler gerade aus diesem Anlaß noch einmal die schwierige finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands schilderte. Dabei dürfte auch die Abrüstungsfrage diskutiert worden sein, die in Amerika wachsendem Interesse begegnet. Der amerikanische Botschafter wird aber auch Gelegenheit haben, in seiner Heimat darüber zu verhandeln, **ob die Finanzschwierigkeiten des Reiches etwa durch Umwandlung kurz- und mittelfristiger Kredite in langfristige gemildert werden könnten.**

Der **Reichskanzler** berichtete weiter im Laufe des Donnerstag dem **Reichspräsidenten von Hindenburg** über die **politische Lage.**

In den Abendstunden wurde die **erste Kabinettssitzung** abgehalten, die den Auftakt bildet für zahlreiche **außerordentlich wichtige Arbeitstagungen des Reichskabinetts,** das in diesen Wochen Reichstag und Reichsregierung in einem Gremium sein muß. Die erste Sitzung brachte hauptsächlich eine Unterhaltung über den Verlauf der Kabinettsarbeit. Es ist anzunehmen, daß zunächst die agrarpolitischen Dinge erörtert werden, wo man sich vor allem mit den **neuen Zollwünschen des Ministers Schiele und des Reichslandbundes** zu beschäftigen haben wird. Schieles Wunsch, vorher noch Vertreter des Reichslandbundes beim Reichskanzler zu empfangen, ließ sich nicht verwirklichen. Die Parteiführer dürften vorläufig nicht vom Reichskanzler gehört werden, wenn auch die sozialdemokratische Beschwerde gegen die Erhöhung der Brotpreise dem Kanzler bereits schriftlich zugestellt wurde. Die Agrarforderungen Schieles enthalten bekanntlich beträchtliche Erhöhungen der Zölle für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte vom Vieh bis zum Wein und Holz. Auch die **Beseitigung des Nachtbackverbotes** wird verlangt. Im Kabinett sollen **erhebliche Widerstände** gegen diese Forderungen bestehen. Die Regierung wird weiter gezwungen sein, **erneut Streichungen am Etat vorzunehmen** wegen des bedeutenden Defizits von etwa 500 Millionen RM. Auch dürfte sie sich mit der **Beschaffung eines Uebergangskredites von etwa 150 Millionen** für den nächsten Quartalsersten beschäftigen und dann die Reform der Sozialversicherung in Angriff nehmen.

Schweres Kleinbahnunglück in Frankreich.

Lokomotive rast in Autobus. — 14 Tote, 30 Verletzte.

* Paris. **Ein furchtbares Unglück ereignete sich in den Nachmittagsstunden des Donnerstag in der Gemeinde Vieres,** etwa 20 Kilometer von Lille entfernt. **Ein Vorortszug raste in voller Fahrt an einem unbewachten Bahnübergang in einen mit Arbeitern und Arbeiterinnen voll besetzten Autobus, der vollkommen zertrümmert wurde.** Nach den bisher vorliegenden Nachrichten sollen **14 Personen getötet und etwa 30 mehr oder weniger schwer verletzt worden sein.** Die Eisenbahnstrecke, an der sich das Unglück ereignete, wird heute nur noch ganz selten befahren, da die Verbindung, die der Zug aufrecht erhalten sollte, seit einiger Zeit durch einen regelmäßigen Autobusdienst ersetzt worden ist. Am Donnerstag nachmittag hatte man aber dennoch einen Zug auf die Strecke geschickt. Der Autobus, der die Arbeiter und Arbeiterinnen von der Arbeit nach Hause bringen sollte, kam zu gleicher Zeit am Bahnübergang an, an dem weder eine Schranke noch ein Signal die Ankunft des Zuges anzeigt. Der Zusammenprall war nach Angaben von Augenzeugen geradezu furchtbar. **Der Autobus wurde von der Lokomotive des Zuges in voller Breitseite erfaßt,** einige Meter weit mitgerissen und dann auf **den Bahndamm geschleudert.** Gendarmerie und Sanitätsmannschaften wurden sofort benachrichtigt und richteten einen Rettungsdienst ein. **Aus dem Trümmerhaufen zog man nach und nach 14 zum Teil bis zur Unkenntlichkeit verstümmelte Leichen und etwa 30 Verletzte,** von denen eine **große Anzahl in hoffnungslosem Zustande in das Liller Krankenhaus überführt wurde.** Die Liller Gerichtsbehörden haben bereits eine Untersuchung zur Feststellung der Schuldfrage eingeleitet.

Primos Außenminister unter Anklage

Paris, 24. April.

Nach einer Meldung aus Madrid hat der Generalstaatsanwalt ein Strafverfahren gegen General Martinez Anido, den Außenminister des Kabinetts Primo de Riveras, eingeleitet.

SLUB
Wir führen Wissen.